

## Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

### Vorstand von OWUS Berlin-Brandenburg

Der Vorstand traf sich am 25. Januar zu seiner letzten turnusmäßigen Beratung vor der Neuwahl. Im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 11. März 2016 in Berlin. Der Vorstand bittet alle Mitglieder, die sich bisher nicht zurückgemeldet haben, ihre Teilnahme unter [berlin-brandenburg@owus.de](mailto:berlin-brandenburg@owus.de) zu bestätigen bzw. ggfs. ihre Nichtteilnahme. Auch weitere Gäste, die Interesse an unserer Arbeit haben, sind herzlich eingeladen. Einer der Schwerpunkte in der Diskussion wird sicherlich die Debatte um gesetzliche Mindesthonorare auch für Solo-Selbständige sein. Der Stand der Debatte ist unter [http://www.owus.de/owus\\_bb\\_2011/standpunkte.html](http://www.owus.de/owus_bb_2011/standpunkte.html) veröffentlicht (Beiträge von Dietmar Bartsch, Halina Wawzyniak und Robert Gadegast im „neuen deutschland“). Wenn Mitgliedsunternehmen die Versammlung nutzen möchten, um Informationsmaterial u.ä. auszulegen, bitten wir rechtzeitig um Mitteilung unter der o.g. Mailadresse.

### „junge Welt“ - jetzt Mitglied bei OWUS

Der Vorstand bestätigte den Aufnahmeantrag der Verlag 8. Mai GmbH und begrüßte unser neues Vereinsmitglied. Im Verlag 8. Mai werden die Tageszeitung „junge Welt“ sowie die Musikzeitschrift „Melodie und Rhythmus“ herausgegeben. Der Verlag gehört mehrheitlich der Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft (LPG) junge Welt eG. Der Vorstand beschloss, dass unser Landesverband Mitglied der Genossenschaft wird und wird einen Anteil in Höhe von 500 Euro zeichnen. <http://www.jungewelt.de/unterstuetzen/genossenschaft/index.php>

### Wirtschaftsfrühstück mit Harald Wolf, MdA der Linken in Berlin

Es hat geklappt. Unser gemeinsamer erneuter Anlauf für ein regelmäßiges Treffen mit Vertretern der Politik sowie kleinen Unternehmern und Selbstständigen in Lichtenberg-Hohenschönhausen war erfolgreich. Gut besucht war das Wahlkreisbüro von Harald Wolf am 23. Februar in Lichtenberg. Ein Glas Sekt zur Begrüßung und stärkendes Frühstück für die Gäste standen am Beginn einer breiten Debatte über mögliche Auswirkungen des TTIP vor allem auch auf KMU. Harald Wolf sprach einleitend sehr informativ und verständlich zu den Problemen in dieser seit Montag begonnenen zwölften Verhandlungsrunde zwischen der EU und den USA. Themen wie Abbau der nichttarifären Handelsschranken, Negativ- und Positivlisten, Aushebelung demokratischer Entscheidungsprozesse,

Investitionsschiedsgerichte, Ausschreibungen oder die Rolle des Regulatorischen Rates führten zu interessanten Diskussionen unter den Teilnehmern. Natürlich spielten auch Fragen der Möglichkeiten linker Bewegungen und Proteste gegen dieses Abkommen sowie gegen CETA und TISA eine Rolle, ebenso wie die im Kreis der Unternehmer erkennbare Unzufriedenheit über die ungenügende Wirksamkeit der Linken in der Öffentlichkeit. Die Forderung nach Schaffung einer Gegenöffentlichkeit durch breitere Bündnisse bis hin zu einem eigenen Internet-TV oder Radioprogramm kamen zur Sprache, verbunden mit der Hoffnung dadurch mehr Aufklärung in der Bevölkerung zu leisten. Die sich neu gebildete Bewegung „Democracy in Europe Movement 2015“ (DiEM25) mit Vanis Varoufakis verspricht dafür einen guten Ansatz.

Zwei Stunden waren schnell vorbei, und die konstruktive Atmosphäre und sachliche Debatte bestärkten uns darin, mit Harald Wolf in einigen Wochen erneut ins Gespräch zu kommen.

Ergänzende Informationen zu TTIP siehe auch (allerdings nur für Online-Abonnenten) „neues deutschland“ vom 23.02.2016:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1002670.investorenschutz-und-schutzsoelle.html?sstr=Investorenschutz>

und den Gastkommentar von Christa Luft im „neuen deutschland“ vom 24.02.2016:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1002765.dem-ttip-projekt-fehlt-demokratische-substanz.html?sstr=TTIP>

siehe auch [www.kmu-gegen-ttip.de](http://www.kmu-gegen-ttip.de) - schon mehr als 2.250 Unternehmen in Deutschland haben unterzeichnet! <https://www.youtube.com/watch?v=-V-wLdpKHhE>

Fabio de Masi (MdEP) erklärt TTIP unter <http://www.fabio-de-masi.de/de/article/742.ttip-erkl%C3%A4rt-von-fabio-de-masi.html>

Neu erschienen ist von Harald Wolf „Rot-Rot in Berlin 2002 – 2011: Eine (selbst)kritische Bilanz“, erhältlich u.a. im nd-Buchbestellservice

## **OWUS beim Berliner Landesvorstand der LINKEN**

Auf Einladung des Landesvorstandes der Berliner Linkspartei fand am 23. Februar 2016 eine Beratung mit Vertretern von OWUS Berlin-Brandenburg zur Situation insbesondere der Soloselbstständigen in Berlin statt. Ziel war es, auf die Konsequenzen für Soloselbstständige in einer sich ständig verändernden Arbeitswelt aufmerksam zu machen und über mögliche Handlungsoptionen der Politik zu diskutieren.

Die Zusammenkunft war für uns ein weiterer Schritt nach der Anfang Februar stattgefundenen Zusammenkunft mit Vertretern des Brandenburger Landtages der Linkspartei zu diesem Thema, auch in Berlin nach Verbündeten zu suchen, um Verbesserungen bei der sozialen Absicherung der Selbstständigen auf den Weg zu bringen.



Dr. Rolf Sukowski informierte über die gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkte des Verbandes und machte auf die schwierige soziale Situation vieler kleiner Selbstständiger auch in Berlin aufmerksam. Er hob dabei unsere Zustimmung zu möglichen Einkommensverbesserungen in Form von Mindesthonoraren für bestimmte freie Berufe wie Lehrbeauftragte oder Soloselbstständige in medizinischen und betreuenden Berufen wie bspw. selbstständige Tagesmütter hervor.

In der Debatte unterstützte Klaus Lederer, Vorsitzender des Landesverbandes der Linkspartei, die Weiterführung der begonnenen Debatte zum Mindesthonorar als Notwendigkeit, mehr Öffentlichkeit zu diesem Thema zu entwickeln. Gleichzeitig wünschte er sich dabei auch, über die Grenzen der kapitalistischen Reproduktion gemeinsam tiefergehender zu diskutieren und dabei die Partei mit dem Sachverstand der Unternehmer zu unterstützen. Angesprochen wurde, unterschiedliche Möglichkeiten im beginnenden Wahlkampf 2016 zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und Bezirksversammlungen zu nutzen, um mehr mit kleinen Unternehmern und Gewerbetreibenden ins Gespräch zu kommen. OWUS hat hier seine Unterstützung zugesagt. Wir nutzten die Gelegenheit, einige aus unserer Sicht für die KMU wichtige Aspekte aus dem Entwurf des Wahlprogramms der LINKEn anzusprechen wie die Unterstützung für sich von unten entwickelnde Netzwerke z.B. in der Solidarischen Ökonomie (mit GWÖ), der Gründungsförderung, aber auch der geplanten Anhebung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer.

Eine konstruktive Debatte fand ihren Abschluss mit dem Willen, die Zusammenarbeit nach den Wahlen noch intensiver zu gestalten und in regelmäßigen Abständen zu bestimmten Themen den Gedankenaustausch zu intensivieren.

Robert Gadegast

## **Gegen Zwangsmitgliedschaft in IHK und HWK**

Im Juni 2014 gab der OWUS-Dachverband gegenüber dem Bundesverfassungsgericht eine Stellungnahme zu den anhängigen Verfahren (1 BvR 2222/12 und 1 BvR 1106/13) gegen die Zwangsmitgliedschaft in den IHK ab. Es war also an der Zeit, nachzufragen, was aus diesen Verfahren geworden ist. Vom Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes für freie Kammern (bffk) e.V. Kai Boeddinghaus erreichte uns dazu folgende Information:

Es gibt inzwischen ein weiteres Grundsatzurteil vor dem Bundesverwaltungsgericht ([https://www.bffk.de/presse/pressespiegel.html?post\\_id=646](https://www.bffk.de/presse/pressespiegel.html?post_id=646)). Dabei geht es um die Rücklagenbildungen im Vermögen der Kammern. Rücklagen zu bilden, um mögliche Einnahmeausfälle oder -verzögerungen zu überbrücken, sind erlaubt<sup>1</sup>. Nach Auffassung des BVerwG muss das Maß der Rücklage "von diesem sachlichen Zweck gedeckt sein". Ist dies nicht der Fall, wäre die Rücklage "nicht mehr angemessen und würde einer unzulässigen Vermögensbildung gleichkommen". Die Kammer müsse dann "eine überhöhte Rücklage baldmöglichst wieder auf ein zulässiges Maß zurückführen". Dieses Urteil entfaltet aus Sicht des bffk erhebliche Konsequenzen zugunsten der Mitglieder. Konnten bisher nach ersten kleinen und lokalen Prozessserfolgen nur vereinzelt regional Empfehlungen abgegeben werden, gegen Kammerbescheide per Widerspruch oder Klage vorzugehen, so gilt diese Empfehlung nun bundesweit für alle IHK- und HWK-Bezirke (außer HWK Hamburg). Der bffk würde es jetzt gern schaffen, hier wirklich eine Welle in Gang zu bringen, weil man sich davon dann massive Beitragsentlastungen verspricht. Über den Ausgang des Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde ausführlich berichtet (<https://www.bffk.de/aktuelles/bundesverwaltungsgericht-urteilt-gegen-ihk-vermoegen.html>). Die sich daraus ableitenden Empfehlungen hat der bffk unter <https://www.bffk.de/home/schlagzeile-on-off.html> veröffentlicht. Der bffk empfiehlt daher allen IHK- und HWK-Mitgliedern innerhalb der Widerspruchs- bzw. Klagefrist gegen die Bescheide vorzugehen. NUR WER RECHTSMITTEL EINLEGT, KANN DAVON PROFITIEREN. Interessierte Firmen können sich direkt an den Bundesverband für freie Kammern wenden ([bffk@bffk.de](mailto:bffk@bffk.de)).

## Eine andere Ökonomie ist möglich

Am 13. Februar 2016 gab es ein wichtiges Jubiläum: das fünfjährige Bestehen der Bewegung für eine Gemeinwohl-Ökonomie. Aus diesem Anlass hatten sich Mitte Februar über 850 Aktive und Sympathisanten der Gemeinwohl-Ökonomie im ausverkauften Volkstheater Wien versammelt. Unter dem Motto "Eine andere Ökonomie ist möglich" wurde neben dem Geburtstag zugleich die bevorstehende Gründung der Gemeinwohl-Bank gefeiert.

Vertreter der Gemeinwohl-Ökonomie stellten in ihren Beiträgen die Entstehung, die Entwicklung und alle relevanten Aktionsbereiche vor. Den Kern bildete eine Podiumsdiskussion: Antje von Dewitz (Geschäftsführerin der VAUDE Sport GmbH & Co. KG aus Tettnang, Baden-Württemberg), Ulrike Herrmann (Wirtschaftsjournalistin aus Hamburg), Helmut Lind (Vorstandsvorsitzender der Sparda Bank München), Vandana Shiva (soziale Aktivistin aus Indien und Trägerin des Alternativen Nobelpreises) und Ha Vinh Tho (Leiter des Zentrums für Bruttonationalglück Bhutan), debattierten über die Vorteile einer gesamtgesellschaftlichen Umsetzung der Gemeinwohl-Ökonomie.

---

<sup>1</sup> Die IHK Berlin weist in ihrem Jahresabschluss 2014 insgesamt 24,3 Mio. Euro Ausgleichsrücklage und 120,1 Mio Euro Andere Rücklagen aus, das sind 12,7% der Bilanzsumme bzw. mehr als drei Jahreseinnahmen aus IHK-Beiträgen! [https://www.ihk-berlin.de/servicemarken/ueber\\_uns/Transparenz/Jahresabschluss/2256996](https://www.ihk-berlin.de/servicemarken/ueber_uns/Transparenz/Jahresabschluss/2256996)



Eine gelungene Abwechslung boten Kulturbeiträge. Besonders der emotionale und kämpferische Konstatin Wecker hat mich bestärkt, mich weiter in dieser Bewegung zu engagieren.

Die Bewegung ist mittlerweile in 50 Ländern vertreten; allein in Berlin handeln bereits rund 50 UnternehmerInnen wie zum Beispiel das Märkische Landbrot und mittlerweile sechs Mitgliedsunternehmen von OWUS nach den Werten der Gemeinwohl-Ökonomie. Diese ersten Erfolge sind inzwischen auch in Brüssel angekommen; dort wird darüber diskutiert, inwieweit die Gemeinwohl-Ökonomie als Instrument herangezogen werden kann, um Unternehmen nach nicht-monetären Kriterien einzuschätzen.

Ich erachte eine mediale Debatte über einen grundlegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel als notwendig. Die Gemeinwohl-Ökonomie bietet hierzu viele Anknüpfungspunkte, die breit diskutiert werden sollten.

Rico Philipp, Potsdam

Nachtrag: Für den 07. und 08. Juni 2016 ist die GWÖ als einer von 190 Ausstellern aus über 600 Bewerbungen zur Präsentation der Gemeinwohlmatrix im Garten des Bundespräsidenten in Berlin als Aussteller ausgewählt worden.

Von der Jury war gefragt, wie die Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft für die großen Transformationsprozesse gestärkt werden kann. Beworben hatten sich vorwiegend Unternehmen mit technischen Neuerungen aus dem Bereich Umweltschutz. Mit seiner Bewerbung ist es dem GWÖ-Verein gelungen, die Jury zu überzeugen, dass mit der Gemeinwohl-Matrix ein Nachhaltigkeitsinstrument entwickelt worden ist, das BürgerInnen, Unternehmen und die ganze Gesellschaft zu breit angelegtem nachhaltigen Verhalten bewegen kann. <http://berlin.gwoe.net/>

## **Gemeinnutz vor Eigennutz– Attac zieht vor Gericht!**

Die Geschäftsführung von Attac versandte am 17. Februar folgende Mitteilung: *„Jetzt ist es entschieden: Das Finanzamt Frankfurt bleibt dabei, dass Attac nicht gemeinnützig sei. Der entsprechende Bescheid hat uns jetzt erreicht, und dagegen werden wir selbstverständlich klagen. Unsere Beiträge zur demokratischen Debatte sind gemeinnützig! Damit wir trotz dieser juristischen*

Auseinandersetzung weiterhin wirkungsvolle politische Projekte umsetzen können, unterstützen Sie uns bitte unter [www.attac.de/jetzt-erst-recht/meine-spende](http://www.attac.de/jetzt-erst-recht/meine-spende) mit einer Spende!

Wir hatten Sie bereits über den Streit um die Gemeinnützigkeit informiert. Neunzehn lange Monate hat uns das Finanzamt auf seine Entscheidung warten lassen – eine Zeit, in der wir aufgrund der fehlenden Gemeinnützigkeit viele Umstellungen vornehmen mussten. Mit voller Kraft haben wir uns dabei gleichzeitig unseren inhaltlichen Projekten gewidmet, zuversichtlich, dass das Finanzamt seine Fehlentscheidung revidieren würde.

Doch nun bestätigt das Finanzamt: Unser Engagement gilt ihm nicht als gemeinnützig!

Jetzt kämpfen wir vor Gericht weiter um die Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit – auch im Interesse unserer UnterstützerInnen. Wir sind auf Spenden angewiesen, um unsere Projekte umsetzen zu können. Doch solange wir den Rechtsstreit nicht gewonnen haben, können Spenden an Attac, nicht steuerlich geltend gemacht werden.

Der Einsatz für die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, für eine lebendige Demokratie und für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte soll nicht gemeinnützig sein? Diese Einschätzung können wir nicht hinnehmen. Die Beteiligung von Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen ist essentiell für jede Demokratie! Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzen, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu geben, politisch aktiv zu werden. Engagement, das das Allgemeinwohl gegen private Profitinteressen verteidigt, ist gemeinnützig – mit Ihrer Unterstützung ... können wir diesen Weg fortsetzen!“

## **Wirtschaftsinformationen**

### **Für eine Rente mit Niveau**

Durch politisch beschlossene Verschlechterungen, niedrige Löhne und ungesicherte Beschäftigung droht immer mehr Menschen ein Altern in Armut. Ver.di streitet für auskömmliche und möglichst den Lebensstandard sichernde Renten. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf nicht im Alter an das Sozialamt verwiesen werden.

Mehr dazu in der neuen Ausgabe [Wirtschaftspolitik aktuell](#) der Dienstleistungsgewerkschaft verdi.

### **Neue Richtlinien zur Mittelstandsförderung**

Die Bundesregierung hat eine neue [Rahmenrichtlinie zur Förderung unternehmerischen Know-hows](#) erlassen. Darin werden die bisherigen Programme "Förderung unternehmerischen Know-hows" durch Unternehmensberatungen, "Gründercoaching Deutschland", "Turn-Around-Beratung" und "Runder Tisch" gebündelt, um die Beratungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu unterstützen. Gewährt werden Zuschüsse für Beratungsdienstleistungen, aber auch die Unternehmen, die besseren Zugang zu unternehmerischem Know-how erhalten. Insgesamt stehen 16 Mio. Euro zur Verfügung, die aus dem Europäischen Sozialfonds kofinanziert werden. Anträge können KMU sowie Freiberufler beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle stellen.

Quelle: <http://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/unternehmensrecht/aktuelles/news-details-unternehmensrecht/artikel/neue-richtlinien-zur-mittelstandsfoerderung-17925.html>

## Informationen für Arbeitgeber zum Sozialversicherungsrecht

Ab sofort finden Sie die Ausgaben 2016 aller vier E-Broschüren der summa summarum-Reihe (hrsg. von der Deutschen Rentenversicherung) im Internet. Neu hinzugekommen sind die Broschüren

- ? [Auf den Punkt gebracht: Prüfung von A - Z](#)
- ? [Auf den Punkt gebracht: Meldungen](#)
- ? [Auf den Punkt gebracht: Versicherung](#)
- ? [Auf den Punkt gebracht: Beiträge](#)

## Perspective Daily

Für einen Journalismus, der fragt: Wie kann es weitergehen? Nachrichten anders machen. Artikel mit Blick nach vorn, die nicht nur über Probleme sprechen, sondern auch fragen: „Wie kann es besser werden?“ und neue Perspektiven aufzeigen. Geschrieben von Autoren mit Fachwissen und Leidenschaft. [www.Perspective-Daily.de](http://www.Perspective-Daily.de)

## Terminvorschau

- ? 11. März 2016 um 16 Uhr - **Jahresmitglieder- und Wahlversammlung von OWUS** Berlin-Brandenburg in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1;
- ? 19. April 2016 um 18 Uhr – **OWUS-Unternehmerstammtisch** mit Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, im ABACUS Tierpark-Hotel Berlin-Lichtenberg;
- ? 23. April 2016 – 70 Jahre „neues deutschland“, **Pressefest** in Berlin, Franz-Mehring-Platz 1;
- ? 23. April 2016 von 10 – 14 Uhr – **Fachgespräch von OWUS Thüringen und der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag** „Mindesthonorar für Solo-Selbstständige – Weg oder Irrweg?“ in Erfurt, Landtagsgebäude;

## 85, ... na und?

Na, und alle, alle kamen. Sie kamen, um einen zu ehren, der für sie ein sportliches Vorbild, ein Freund und einfach ein guter Mensch in ihrem Leben ist: **Täve Schur**.

Ihm zu seinem 85. Geburtstag zu gratulieren, kamen sie aus nah und fern, sie waren jung und alt, sie waren aus Sport, Politik, Wirtschaft und Kultur. Und Sportsympathisanten wie ich.

Mehr als 300 Gäste, darunter auch OWUS, reihten sich ein in die Gratulationscour am 27. Februar in Kleinmühlungen.

Und an der Geräuschkulisse in der "Mall of Fame" für Täve war leicht zu erkennen: Täve dachte vor allem an seine Gäste, denn so ein runder Geburtstag führt

Freunde und Weggefährten zusammen und bietet ihnen eine wunderbare Gelegenheit, mit vielen alten Bekannten Neuigkeiten auszutauschen und neue Freundschaften zu schließen.

Danke, Täve!

Na, und nun? Nun freuen wir uns auf das nächste Mal: 90, ... na und?

PS: Übrigens sind Kleinmühligen und das dort beheimatete Friedensfahrt-Museum immer eine Reise und bestimmt auch eine kleine Spende wert.

Irene Gebauer



### **Unsere Geburtstagskinder für den März 2016**

Magerl Hans-Peter	06.03.
Wurm Peter	08.03.
Koppe Olaf	10.03.
Ebel Stefanie	15.03.
Schlesinger Roswitha	19.03.
Adolph Renate	20.03.
Schmidt Andreas	26.03.
Fortunato Goncalves A.	28.03.
Lehmann Bernd-Rüdiger	28.03.

**Herzlichen Glückwunsch!!!!!!**

**Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg**

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender [tuk-j.heinrich@derpart.de](mailto:tuk-j.heinrich@derpart.de) .